

Rückblick auf die Jahrestagung 2023

„Zeitenwende und Zeitenende – über Dringlichkeiten und ihre Politisierung“

24. – 25.11.2023 in Darmstadt, Schader-Forum

Drei Tage nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine eröffnete Bundeskanzler Olaf Scholz seine Regierungserklärung mit einem bemerkenswerten Satz: „Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents.“ Die Welt danach sei nicht mehr dieselbe wie die Welt davor. Vier Mal wiederholte er das Wort Zeitenwende in seiner Rede, die schon kurze Zeit später als ein historischer Moment angesehen wurde.

„Zeitenwende“ wurde zum Wort des Jahres 2022 gewählt. Der russische Angriffskrieg, die militärischen, wirtschafts- und energiepolitischen, aber auch sozialen und emotionalen Auswirkungen, waren eine weitere Erschütterung in einer bereits stark belasteten Zeit. Die globalen und existenziellen Krisen – Krieg, Pandemie, Klimawandel – hätten etwas gemeinsam, sagte Uwe Becker, Präsident der Evangelischen Hochschule Darmstadt und Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik, zu Beginn der Jahrestagung 2023.

„Es ist bemerkenswert, wie sehr politische Ereignisse im Zeitraum der letzten Jahre ihre Dringlichkeit betont haben, und insofern ist es eine gewisse Qualität der Temporalität, die politisches Handeln als jetzt und unmittelbar geboten inseriert.“ Die Neudefinition der Zeitverhältnisse, sagte Becker, habe über Nacht die politische Maßnahme legitimiert, die Bundeswehr durch einen Sonderetat von 100 Milliarden Euro aufzurüsten – „eine Entscheidung, die allseits Akzeptanz fand und die mit Sicherheit ohne jenes Zeitenwendeereignis Gegenstand lange andauernder parlamentarischer und öffentlicher Auseinandersetzungen gewesen wäre.“

Auch die Pandemie habe zeitlich verunsichert. Die notwendigen – oder für notwendig gehaltenen – Maßnahmen, um die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen, waren immer auch eine Frage der Zeit. In kürzester Zeit wurden Entscheidungen herbeigeführt, die in einer anderen globalen Krise von kaum weniger existenziellem Ausmaß unvorstellbar erscheinen: Während ein hochansteckendes Virus innerhalb kürzester Zeit Freiheitsrechte außer Kraft setzt, geht es vielen Menschen in der Klimakrise

hingegen nicht schnell genug. „Eine Verzögerung gebotener gesetzlicher Maßnahmen, etwa im Bereich des Klimaschutzes, wird von denen in aller Deutlichkeit und begleitet von zivilem Ungehorsam angeprangert, die ein Handeln jetzt und ohne Verzögerung für unverzichtbar geboten halten“, sagte Becker. Ihre Referenzen seien wissenschaftliche Analysen eines Kipppunktes, einer drohenden Zeitenwende von katastrophalem Ausmaß, der sofort, ohne Verzögerung begegnet werden müsse.

Diese zeitpolitische Betrachtungsweise der gegenwärtigen globalen Krisen war der Ausgangspunkt der interdisziplinären Verbundtagung der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik, der Schader-Stiftung und der Evangelischen Hochschule Darmstadt, die am 24. und 25. November im Schader-Forum in Darmstadt stattfand. Die zentralen Fragen der Veranstaltung lauteten: Inwiefern lässt sich die gegenwärtige Angst vor dem „Pfad der Vernichtung“ einordnen in eine apokalyptische Typologie der Angst vor dem Weltende? Welche der differenten Zeitenwahrnehmungen sind im Recht? Was ist der Maßstab für ihre Bewertung? Und inwiefern werden diese Zeitwahrnehmungen zunehmend zum Bezugspunkt sich verschärfender Konflikte? Gibt es Perspektiven einer globalen Zeitpolitik, die Politik als Gestaltungsraum konsentrierter Zeitdeutungen gestaltet?

Für die Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik ist es die zweite Jahrestagung in Folge, die sich mit politischen Fragen der Zukunftsgestaltung auseinandersetzt. Vor einem Jahr lautete die Frage, wie der Weg in die Zukunft organisiert werden soll: Welche Akteure, welche Personen und Institutionen machen Zukunft, wie machen sie es, und: Ist Zukunft überhaupt machbar? Das wird mit Blick auf die Klimakrise, die ins Zentrum der diesjährigen Tagung rückte, immer fraglicher.

Jürgen P. Rinderspacher, der nicht selbst vor Ort sein konnte und dessen Rede vertretungsweise vorgelesen wurde, wies darauf hin, wie schwierig es geworden sei, den Möglichkeitsraum der Zukunft und ihre Wesensmerkmale, die Offenheit und Gestaltbarkeit, noch zu erkennen. Wir müssten unser heutiges politisches Handeln aus der Zukunft ableiten, sagte der Politikwissenschaftler und Zeitforscher. „Dies jedoch ganz anders als noch Ende des vergangenen Jahrhunderts, nämlich nicht aus einer positiven Utopie der ständigen Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen und des wissenschaftlichen, kulturellen und humanitären Fortschritts, sondern aus der Angst vor dem, was da in Zukunft auf uns zukommen könnte.“

Wir handelten heute so, wie wir glauben, es am besten zu machen, um die Folgen überschrittener Kippunkte zu vermeiden, sagte Rinderspacher. „Wir blicken also in die Zukunft und fragen uns, was der Kippunkt wohl von uns fordert und richten danach unsere Politik in der Gegenwart aus.“ Umso wichtiger sei es zu fragen, „wie sie denn zustande kommen, wer sie propagiert und mit welcher Absicht, und man darf fragen, wie sicher sich die Protagonisten ihrer erforschten Kippunkte und vor allem der Zeitpunkte ihres Eintritts sind.“

Eine fundierte Einschätzung zu dieser auch in den Naturwissenschaften noch nicht ganz geklärten Frage gab der renommierte Physiker und Klimaforscher Hartmut Graßl, Direktor emeritus am Max-Planck-Institut für Meteorologie. Die Aktivierung von Kippunkten könnte dazu führen, dass Teile des Klimasystems rasch in einen neuen Zustand versetzt werden. Die Beispiele Graßls zeigten aber, dass das verbreitete Verständnis davon, was „rasch“ geschehen könnte, nicht unbedingt mit dem Verständnis der Meteorologie und Klimaforschung übereinstimmt, etwa wenn es um das Abschmelzen des grönländischen Eisschildes oder eine Umwälzung des Ozeans geht. „Klimasystemteile haben sehr unterschiedliche Reaktionszeiten auf Störungen“, sagte Graßl.

Wenig Zweifel ließ der 83-jährige Forscher, der bereits in den 1980er Jahren vor den Folgen der Erderwärmung warnte, jedoch daran, welches Ausmaß bestimmte Erhöhungen der globalen Durchschnittstemperatur haben würden. Eine um drei bis vier Grad Celsius gestiegene globale Durchschnittstemperatur würde dazu führen, dass große Weltregionen für Menschen nicht mehr bewohnbar wären. Graßl hob die Bedeutung der völkerrechtlich bindenden Pariser Klimaziele hervor, die dafür sorgen sollen, dass die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit beschränkt wird.

Forschende sind jedoch zunehmend skeptisch, dass dieses Ziel noch erreicht werden kann. Im Verlauf der Tagung wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass in manchen Weltregionen, insbesondere im Globalen Süden, Teile der Bevölkerung bereits heute ihre Lebensgrundlage in Folge von Hitze und Dürren verlieren. Die in der Tagung aufgeworfene Vermutung, die Zeitdeutung der Klimadebatte in Deutschland sei

eurozentristisch und postkolonial geprägt, wollte Graßl nicht bestätigen. Deutlich seien bereits heute auch in Europa die Klimafolgen zu spüren.

Ist die existenzielle Angst vor dem Weltende also tatsächlich rational begründet? Oder wiederholen die jüngeren Generationen nur den sich historisch verschiedenartig wiederholenden Eindruck, keine Zukunft zu haben und tiefe Zäsuren zu erleben, die die Welt von gestern in eine noch ungewisse Zukunft überführen? Über diese Frage wurde kontrovers diskutiert, trotz der eindeutigen wissenschaftlichen Basis, die Hartmut Graßl geschaffen hatte. Insbesondere wurden dabei die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Betroffenheiten der gegenwärtig lebenden Generationen herausgearbeitet.

Über die Frage, wie sich die multiplen systemischen Krisen auf junge Menschen auswirken und wie gesellschaftlich damit umzugehen sei, diskutierten in einer Podiumsrunde Kirchenpräsident Volker Jung von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Tatjana Steinbrenner, Vizepräsidentin der Industrie- und Handelskammer Darmstadt, Heribert Warzecha, Vizepräsident für Studium und Lehre der TU Darmstadt sowie Karin Wolff, Geschäftsführerin des Kulturfonds Frankfurt Rhein Main und ehemalige stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Hessen.

In einer „Fishbowl“-Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der jüngeren Generation sprach der Student Daniel Stieger von dem in seiner Generation verbreiteten Gefühl einer weggebrochenen biografischen Kontinuität, die zu einem getrübten Blick in eine ungewisse Zeit führt: „Kann ich meine Zukunft so gestalten, wie ich es möchte? Habe ich ein Recht auf Zukunft?“, fragte er. Mit ihm diskutierten Gianluca Giongo, Jugendreferent der Evangelischen Jugend im Kirchenkreis An Nahe und Glan, und Kateryna Pavlova, die für den Verein Crisis Simulation for Peace (Crisp) tätig ist. Die Zeitenwende betrifft die 30-jährige Pavlova persönlich: Sie stammt aus der Ukraine. Ihr Leben habe sich durch den Angriffskrieg grundlegend verändert. Sie betont aber, dass sie – anders als Kanzler Scholz – keine so deutliche Zäsur nicht auf den 24. Februar 2022 datieren würde, denn der Krieg in der Ukraine habe schon vor zehn Jahren angefangen. Damit meinte sie die russische Annexion der Krim und den Beginn des Kriegs in der Ostukraine im Jahr 2014, der in der westlichen Wahrnehmung folgenlos geblieben sei. Dies war nicht der einzige Moment der Tagung, in dem deutlich wurde, dass der Gehalt des Begriffs Zeitenwende in Frage steht und wohl keinen universellen Charakter hat. Am Ende der Fishbowl-Diskussion konnte keiner der drei jungen Diskutierenden die Frage,

ob sie hoffnungsvoll in die Zukunft blicken, klar mit ja beantworten. „Ich habe gar keine Zeit darüber nachzudenken“, sagte Kateryna Pavlowa. „Ich muss agieren.“

Hoffnung und Angst waren zwei Begriffe, oder vielmehr Empfindungen, die im Verlauf der Tagung immer wieder thematisiert wurden. Die naturwissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fragen, die die Veranstaltung dominierten, ließen immer wieder durchscheinen, wie erschütternd und tiefgreifend die Entwicklungen sind, von denen die Rede ist. Dies wurde besonders deutlich in dem auf die individualpsychologische Perspektive eingehenden Vortrag der Psychotherapeutin und stellvertretenden Leiterin der psychotherapeutischen Ambulanz am Universitätsklinikum Heidelberg, Sophie Hauschild, die über Katastrophenvergegenwärtigung und psychologische Abwehr sprach.

Hauschild erläuterte die Begriffe Katastrophe und Trauma, beschrieb Verlaufsmodelle einer Traumatisierung und benannte Schutz- und Resilienzfaktoren: Optimismus, Hoffnung, Leugnung und Verdrängung stellen aus psychologischer Sicht Abwehrreaktionen dar, die nicht grundsätzlich problematisch, sondern oft hilfreich seien. Es stelle bereits eine menschliche Leistung dar, angesichts der vielfältigen Krisen zu sagen: „Das ist mir zu viel!“ Zwar wollte Hauschild keine allgemeinen Rückschlüsse auf angemessene gesellschaftliche und politische Reaktionen auf Katastrophen ziehen. Deutlich wurde aber, worauf es im Umgang mit Krisen besonders ankommt: die Fähigkeit zur Mentalisierung. Dabei handelt es sich um die imaginative Fähigkeit, sich mentale Gründe für das eigene Verhalten und das Verhalten anderer vorstellen zu können, erklärte Hauschild. Mentalisierung beinhaltet, die Fähigkeit zur Empathie, Introspektion, Perspektivwechsel und Vertrauen in andere auszubilden und zu stärken. Emotionale Anspannung hingegen schränke die Fähigkeit der Mentalisierung ein. Hauschild's Fazit: Katastrophen und Traumata können – und müssen – verarbeitet werden. Abwehrstrategien und Mentalisierung helfen dabei.

Der Physiker und Wissenschaftskommunikator Philipp Schrögel vom Käte Hamburger Centre for Apocalyptic and Post-Apocalyptic Studies in Heidelberg betrachtete die Angst vor der Katastrophe auf einer anderen Ebene. In seinem Vortrag „Immer diese Angst vor dem Weltende“ erläuterte er unterschiedliche Typologien der Weltangst. Deutlich wurde auch hier, dass Menschen in Katastrophen zwischen Bedrohung und Hoffnung schwanken. „Doomism“, also Weltuntergangsstimmung, sei wenig hilfreich. Doch auch Hoffnung allein leitet noch keine notwendigen politischen Veränderungen ein. Sich in

einer drohenden Katastrophe auf die verbliebenen positiven Botschaften zu konzentrieren, könne auch eine Verzögerungstaktik darstellen, die zwar von Hoffnung, nicht aber von Tatkraft zeugt. Schrögel betonte, dass Apokalypsen und Post-Apokalypsen, also die Zeit nach der Katastrophe, in Menschenhand lägen und nicht allein höhere Gewalt darstellten.

Dass es aber überhaupt zu einem Neuaufbau nach einem „Zeitenende“ kommen muss, stellte Alexander Gemeinhardt, Geschäftsführender Vorstand und Direktor der Schader-Stiftung, in seinen Abschlussbemerkungen in Frage. Denn: „Die Post-Apokalypse gibt es schon.“ Am Beispiel nachhaltiger Architektur erläuterte er, dass bereits heute lösungsorientiert an einer Welt gearbeitet werde, die der Klimakrise und der drohenden Katastrophe trotze.

In Gemeinhardts, aber auch in vielen anderen Diskussionsbeiträgen der rund 70 Tagungsgäste, schimmerte bei aller vorhandenen und sicher nicht unberechtigten Angst vor einem möglichen „Weltende“, eine wohl typisch menschliche Fähigkeit durch: die Fähigkeit, optimistisch zu denken, kooperativ zu handeln und Probleme konstruktiv zu lösen. *Wie* diese Probleme gelöst werden können, um auf das Zeitenende einen Zeitanfang folgen zu lassen, ist eine Frage gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Mögliche Antworten gab diese Tagung, die beides zugelassen hat: die Angst vor weiteren Katastrophen und die Hoffnung, den bestehenden Risiken mit dem gebotenen, zeitgemäßen politischen Handeln zu begegnen.

Stefan Boes